

Habt den Mut, liebe Zürcher!

Ein freier Stadtplatz. Davon träumt auch Berlin **VON STEFAN SCHIRMER**

Noch ist Zürich nicht verloren. Vorige Woche war auf diesen Seiten zu lesen (ZEIT 13/18), die Flaneure der Stadt kämpfen um die Rückeroberung des Sechseläutenplatzes. Von Deutschland aus drücke ich ihnen die Daumen, dass sie Erfolg haben! Ich kenne die Sehnsucht nach Freiraum und Grandezza aus Berlin. Dort ist sie allerdings innerhalb weniger Jahre in Fettdunst, Lärm und Eventgetümmel versunken.

Es geht um den Alexanderplatz. Er ist zwar nicht der schönste Platz der deutschen Hauptstadt, aber der größte und berühmteste. Alfred Döblin hat ihm ein Roman-Monument erschrieben, und selbst die DDR erschien hier urban und modern. Nach der Jahrtausendwende wurde der Platz aufwendig saniert, nach Plänen der Stararchitekten von Gerkan, Marg und Partner. Aber was sich seither auf den Granitfliesen abspielt, spottert jeder Beschreibung. Wer hier steht, will nur noch weg. Der Alex wurde zur No-go-Area für Flaneure!

Die Aussicht, diesen Platz in seiner ganzen Großzügigkeit und Leere zu erleben – sie bleibt ein leeres Versprechen. Fast übers ganze Jahr hinweg verstellt ein irres Labyrinth aus Hütten, Buden und Billigpavillons den öffentlichen Raum. Steht ein riesiges Zelt neben dem Brunnen der Völkerfreundschaft, dann weiß man: Ah, Oktoberfest! Sinkt es nach Räucherstäbchen, ist Weihnachtsmarkt (im Winter) oder »Friedensfestival« (im Sommer). Dieser Tage ist gerade Ostermarkt, mit Schauhandwerkerhütten, Streichelzoo und der Hauptattraktion: einem Stand mit 5800 umhäukelten Ostereiern.

Wer beim zuständigen Amt nachfragt, an wie vielen Tagen im Jahr das große Tlalala den Alex in Beschlag nimmt, der bekommt keine endgültige Auskunft. (Wie könnte es anders sein, wir sind hier schließlich in Berlin.)

Einerseits darf der Platz an maximal 120 Tagen im Jahr mit »Sondernutzung« bespielt werden. Andererseits müssen die Budendörfer ja auch auf- und abgebaut werden, was nach amtlichen Angaben jeweils zwischen zwei und sieben Tage dauert. So oder so ertragen viele Berliner den Rummel nicht mehr. Im *Tagespiegel* sehnte kürzlich ein Autor das Ende der »Budenpest« im Herzen der Stadt herbei: »Reißt die Hütten ab!«

Zweierlei ist am Schicksal des Alexanderplatzes besonders alarmierend. Erstens grassiert die Hüttengelei nach seinem Vorbild auf immer mehr Plätzen in Berlin. Inzwischen muss sich bald jeder Platzherr rechtfertigen, der seinen Freiraum erhalten will. Es braucht immer mehr Mut zur Event-Lücke.

Zweitens bringt der hässliche Rummel unterm Fernseherturm etwas hervor, von dem die DDR-Kulturfunktionäre nur träumen konnten: ihre Rehabilitierung. Verglichen mit dem kommerziellen Budentreiben von heute wirkt die realsozialistische Ästhetik rückblickend geradezu geschmackvoll und der Alexanderplatz selbst wie ein Ort, nun ja, der großen Freiheit.

Aus Berlins weitestem Platz ist ein Raum der Enge und verlogenen Heimeligkeit geworden. Damit auch der Letzte merkt, dass das wahrhaftig Urbane hier nichts mehr verloren hat, steht bei vielen der Feste ein und dasselbe Wahrzeichen herum: eine Gartenwindmühle.

Noch seid ihr, liebe Zürcher, nicht verloren. Nehmt euch die Freiheit, euren großzügigsten Platz nicht länger verschandeln zu lassen. Seid ein Vorbild. Berlin dankt es euch.



Wieso man in der Schweiz so gern Politik auf Kosten der Ärmsten macht **VON SARAH JÄGGI**

Wie verlogen das Ganze ist, zeigt sich an einem Wort: Aber. Man kennt es aus einer anderen Diskussion, jener über die Ausländer. »Ich habe nichts gegen Ausländer. Aber ...« Sprechen die Schweiz und ihre Politiker über die 273 000 Menschen im Land, die Sozialhilfe beziehen, dann heißt es: »Ich habe ja nichts dagegen, wenn jene Hilfe bekommen, die es wirklich nötig haben. Aber ...« Darauf folgen Diskussionen über »Fehlansätze«, »Missbrauch« und die »Luft nach oben«, die das System habe, und dass dringend etwas getan werden müsse.

Allein, die Diskussionen sind unnötig. Die Dinge längst geregelt. So können Sozialhilfebezügler bereits heute zu Gegenleistungen verpflichtet werden, sie müssen Arbeitseinsätze leisten, an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen. Sie müssen bereits heute jede zumutbare Arbeit annehmen, die sie finden können. Und vor allem dürfen die Gemeinden jenen Sozialhilfebezügern, die sich der staatlich verordneten Pflichten verweigern, bereits heute die Beiträge kürzen. Bis ihnen nur noch die Nothilfe bleibt.

Trotzdem profilieren sich in diesen Wochen Politiker von links bis rechts, von Raphael Golta in der Stadt Zürich, bis Pierre Alain Schnegg im Kanton Bern auf Kosten der Ärmsten.

Sie treten nach unten. Gegen Asylbewerber lässt sich gerade nur schwer Stimmung machen, es sind schlicht zu wenig gekommen seit dem letzten Sommer.

Also stützt man sich auf die Sozialhilfebezügler. Auch sie haben keine starke Lobby, auch sie melden sich politisch kaum zu Wort. Wer will sich schon als »Sozialschmarotzer« outen? Und auch sie ziehen den Neid der vom Schicksal Be-

günstigten auf sich: Was beim Flüchtling aus Eritrea das Mobiltelefon ist, sind beim ausgesteuerten Nachbarn die Zigaretten, die ihm das Sozialamt bezahlt.

Anderes als in Deutschland kennt in der Schweiz die Empörungsbereitschaft kaum Grenzen, wenn jemand vom Staat etwas bezieht, was ihm nicht zusteht. Wohingegen es zu einer geselligen Tischrunde gehört, Steuertricks auszutauschen, mit denen man demselben Staat sein Geld vorenthält. In der Schweiz ist die hinterzogene Million das Kavaliärsdelikt, und der mit Sozialhilfegeldern erschlackende BMW der Skandal, der bekämpft werden muss. Mit allen Mitteln.

So setzen auch links-grün regierte Städte private Detektive auf ihre Sozialhilfebezügler an, und die Kantone übertreiben sich beim Sozialhilfe-Abbau. Am Mittwoch entscheidet zum Beispiel der Kanton Bern darüber, ob er die Sozialhilfe pauschal um acht Prozent senkt. Im Kanton Aargau soll bald nicht mehr bestraft werden, wer sich nicht an die Regeln hält. Das Parlament schlägt stattdessen vor, jene Sozialhilfebezügler zu belohnen, die sich »integrationswillig, motiviert und engagiert« zeigen. Fix auszubezahlt werden soll nur noch das Existenzminimum, also 30 Prozent weniger als bisher. Wer sich gut hält, immer schön brav ist, kann sich bis zum bisherigen sogenannten Grundbedarf hochdienen. Das heißt: Eine Person, die allein lebt, erhält vom Staat eine Wohnung, eine medizinische Grundversorgung plus 986 Franken.

In den Kantonen Solothurn und Basel-Landschaft sind ebenfalls Vorstöße hängt, mit denen die Sozialhilfe-Ausgaben gesenkt werden sollen.

Dass die Sozialhilfe einem ständigen Rechtsfertigungsdruck unterworfen ist, ist nicht neu. Und auch nicht falsch. In den vergangenen Jahren

konnten individuelle Missbräuche aufgedeckt und Systemmängel aufgedeckt werden, die Sozialhilfe hat dadurch an Glaubwürdigkeit gewonnen.

Neu ist allerdings, dass die Politiker nicht mehr darüber streiten, ob und an welche Integrationsleistungen die Sozialhilfe geknüpft werden soll. Es geht ums Ganze. Um die Frage etwa, ob jeder Mensch, auch ein Störenfried, zugute hat, was ihm die Bundesverfassung verspricht: »Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.«

Nach unten treten wird zum politischen Prinzip. Warum funktioniert das in einem der reichsten Länder der Welt, wo die Milliardärliste so hoch ist wie sonst kaum irgendwo?

Am Geld liegt es nicht.

Nicht nur dem Bund, auch vielen Kantonen geht es gut, sie haben in den vergangenen Jahren schwarze Zahlen geschrieben. Auch die Gemeinden dürften gemäß den Berechnungen der Eidgenössischen Finanzverwaltung zumindest ausgeglichene Rechnungsbücher vorweisen können.

Kommt hinzu, dass die Ausgaben für die sozial Schwächsten in keinem Verhältnis stehen zur Heftigkeit der Debatte, die um sie entfacht ist. Jährlich 2,7 Milliarden Franken, das ist weniger als ein halbes Prozent des Bruttoinlandsproduktes, kostet die Sozialhilfe den Staat. Zum Vergleich: Das Gesundheitswesen verschlingt 77,8 Milliarden Franken. Pro Jahr.

Die Sozialhilfe-Abbauer entgegnen, dass die Ausgaben für Sozialhilfe im Jahr 2016 von 3,2 auf 3,3 Prozent angestiegen seien. Das liegt unter anderem daran, dass mehr Einzelpersonen in die Sozialhilfe rutschten und dass die Mietkosten in

der Schweiz gestiegen sind. Die wachsenden Kosten sind ein Wohlstandsphänomen.

Also, woher diese Missgunst auf die staatlich unterstützten Armen, diese Lust am Tritt nach unten? Selbst wenn es nur in der Hälfte der Fälle einen Fremden, einen Ausländer trifft, 50 Prozent der Sozialhilfeempfänger sind Einheimische.

Das ist auch eine Kulturfrage. Nach wie vor gilt in der Schweiz: Jeder ist seines Glückes Schmied. Unverschuldet arbeitslos, ausgesteuert, sozialfällig. Das kann nicht sein, darf nicht sein, ist nicht vorgesehen in einem Land, in dem es für die Nachkriegsgenerationen materiell stets aufwärts ging. Armengeössige haben denn auch erst seit 1971 das Stimm- und Wahlrecht, sie erhielten es gleichzeitig mit den Schweizer Frauen.

Nun kehren diese überwinden geglaubten Zeiten zurück. Zumindest ansatzweise. Das müsste auch jenen bürgerlichen Parreien zu denken geben, die sich heute im Schatten der SVP als Sozialabbauer aufspielen. Sie verraten nicht nur eine der wichtigsten Errungenschaften der Schweiz des späten 20. Jahrhunderts, die Orientierung an ihren schwächsten Mitgliedern. Nein, sie vergessen dabei auch die staatstragende Kraft, die ein Sozialwerk, die eine Sozialhilfe haben. Ein Staat, der sich um seine Ärmsten kümmert, sorgt nicht nur dafür, dass diese ein anständiges Leben führen können, wenn sie ausgesteuert werden. Er garantiert damit auch Stabilität und Sicherheit für die ganze Gesellschaft.

Übrigens: Ein Viertel der Menschen, die staatliche Hilfe zugute hätte, wagt in der Schweiz gar nicht den Gang zum Sozialamt. Aus Überzeugung, aus Unwissen, aus Scham. Vielleicht aber auch aus Angst, dass man über sie sagen könnte: »Ist ja gut und recht. Aber ...«

Foto: (Mit Getty Images)

ANZEIGE

ZEIT VERANSTALTUNGEN

www.zeit.de/veranstaltungen



Prof. Gerd Antes



Prof. Eckhard Nagel



Prof. Winfried Rief



Claudia Wüstenhagen

ZEIT DOCTOR Sprechstunde

Glauben oder Wissen? Patientenbedürfnisse zwischen Schul- und Alternativmedizin

Berlin · 12. April 2018 · 19.00 Uhr · Kaiserin-Friedrich-Haus · Robert-Koch-Platz 7

Nie war die Medizin so weit fortgeschritten wie heute, nie gab es so viel Wissen über die Wirkungen von Therapien. Zugleich kommen einige Bedürfnisse in der Schulmedizin zu kurz – und die Sehnsucht nach »sanfteren« Alternativen wächst. Viele Patienten schwören auf alternative Heilmethoden, selbst wenn es für deren Wirkung keine Belege gibt. Warum sind subjektive Erfahrungen für viele überzeugender als die Evidenz aus wissenschaftlichen Studien? Wie lässt sich das medizinische Wissen so vermitteln, dass Patienten Behandlungsangebote auch für sich bewerten können? Und welche Rolle spielt der persönliche Glaube von Patienten in einer Therapie?

Zu dem Thema »Glauben oder Wissen? Patientenbedürfnisse zwischen Schul- und Alternativmedizin« diskutieren u. a. Prof. Gerd Antes, Co-Direktor Cochrane Deutschland und Mitglied im Expertenbeirat der Stiftung Gesundheitswissen, Prof. Winfried Rief, Leiter der Arbeitsgruppe Klinische Psychologie und Psychotherapie an der Universität Marburg, und Prof. Eckhard Nagel, Direktor des Instituts für Medizinmanagement und Gesundheitswissenschaft der Universität Bayreuth, mit Claudia Wüstenhagen, Redaktionsleiterin ZEIT DOCTOR.

Der Eintritt ist frei. Um Anmeldung wird gebeten unter: www.zeit.de/zeitdoctorsprechstunde

Eine Veranstaltung von:



In Kooperation mit:



Foto: (Mit Getty Images)